

WP 4 Wahlprogrammkapitel: Freiheit, Sicherheit und Demokratie

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 30.09.2026

Tagesordnungspunkt: 4. Beratung und Beschlussfassung des Wahlprogramms

Antragstext

1 Was wir sehen

Freiheit, Sicherheit und Demokratie bilden das Fundament unserer Gesellschaft. Sie brauchen einen starken Rechtsstaat, eine handlungsfähige Justiz und eine bürgernahe Polizei. Nur so können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, den Staat handlungsfähig halten und das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen sichern. Doch diese Grundlagen geraten im Saarland, in Deutschland und in Europa zunehmend unter Druck.

Unsere Gesellschaft steht vor neuen und wachsenden Herausforderungen. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert eine außen- und sicherheitspolitische Zäsur, deren Auswirkungen in ganz Europa und somit auch im Saarland spürbar sind. Schon längst werden auch wir in Deutschland zum Ziel hybrider Angriffe: Cyberangriffe, Sabotage und Desinformation bedrohen unsere Sicherheit und unsere demokratische Ordnung. Globale Krisen sind keine entfernte Bedrohung mehr – sie wirken bis in unseren Alltag im Saarland.

Auch der gesellschaftliche Zusammenhalt ist unter Druck. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiromanismus, Rassismus und andere Formen der Diskriminierung gefährden die Freiheit und Sicherheit vieler Menschen unmittelbar. Wer angegriffen, bedroht oder ausgeschlossen wird, braucht wirksamen Schutz. Dafür braucht es einen Staat, der konsequent handelt, und eine Zivilgesellschaft, die menschenfeindlichen Ideologien klar entgegentritt.

Gleichzeitig stehen Polizei und Justiz im Saarland vor erheblichen personellen Herausforderungen. Die Zahl der Bewerbungen sinkt kontinuierlich. Zugleich liegt die Besoldung im Saarland im bundesweiten Vergleich weiterhin am unteren Ende. Fehlendes Personal und hohe Belastungen führen in der Justiz zu langen Verfahren und sogar dazu, dass Verfahren eingestellt werden müssen. Auch diejenigen, die unseren Rechtsstaat täglich schützen und durchsetzen, werden immer häufiger selbst angegriffen: Gewalttaten, Drohungen und Beleidigungen gegen Polizist:innen, Richter:innen, Rettungskräfte, Feuerwehrleute, Gerichtsvollzieher:innen und andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sind für viele zur bitteren Realität und Teil des Alltags geworden.

Besonders deutlich zeigt sich die Lücke zwischen Freiheit, Sicherheit und staatlichem Schutz bei geschlechtsspezifischer Gewalt. Frauen und Mädchen sind weiterhin in erheblichem Ausmaß von Gewalt betroffen. Femizide werden bislang nicht einheitlich erfasst, Schutz- und Beratungsangebote sind nicht überall bedarfsgerecht verfügbar. Auch im Saarland besteht Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention – insbesondere beim Schutz vor häuslicher Gewalt, bei Frauenhäusern und bei der Unterstützung von Frauen, die durch besonders gefährliche Täter bedroht werden. Wer von Gewalt betroffen ist, muss

39 sich darauf verlassen können, dass Hilfe erreichbar und Schutz tatsächlich
40 gewährleistet ist.

41 Doch Sicherheit endet nicht an der eigenen Haustür oder vor dem eigenen
42 Bildschirm. Auch im digitalen Raum nehmen Bedrohung und Gefahren zu. Deepfakes
43 und andere Formen digitaler Gewalt werden gezielt eingesetzt, um Menschen zu
44 bedrohen, zu diffamieren und insbesondere Frauen und Mädchen anzugreifen. Zudem
45 nimmt die Verbreitung von Desinformation rapide zu. Gleichzeitig geraten
46 Datenschutz und digitale Grundrechte zunehmend unter Druck. Sicherheitsbehörden
47 dürfen nicht mit immer weitreichenderen Überwachungsinstrumenten, wie die
48 Nutzung von Analysesoftware wie Palantir, ausgestattet werden, ohne dass
49 Notwendigkeit, Verhältnismäßigkeit und rechtsstaatliche Kontrolle gewährleistet
50 sind

51 Unsere digitale Sicherheit braucht starke öffentliche IT-Strukturen, hohe
52 Sicherheitsstandards und mehr digitale Souveränität. Es kann nicht unser
53 Anspruch sein, bei zentraler Software dauerhaft von außereuropäischen Anbietern
54 abhängig zu sein, während Kommunen und öffentliche Einrichtungen zugleich mit
55 erheblichen IT-Sicherheitsrisiken kämpfen.

56 Was wir wollen

57 Grüne Innenpolitik steht für einen starken, gerechten und handlungsfähigen
58 Rechtsstaat auf Grundlage der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, der
59 Sicherheit mit Freiheit verbindet, Bürger:innenrechte wahrt und Vertrauen
60 schafft. Wir stärken die Widerstandskraft unserer Demokratie und schützen
61 Menschen, Institutionen und kritische Infrastruktur in einer sich wandelnden
62 Sicherheitslage. Dabei verteidigen wir die offene Gesellschaft entschlossen
63 gegen Extremismus, Hass und Menschenfeindlichkeit und stärken Polizei und Justiz
64 als Rückgrat des Rechtsstaats. Wo polizeiliche Befugnisse zur wirksamen
65 Gefahrenabwehr und Strafverfolgung erforderlich sind, entwickeln wir sie
66 verantwortungsvoll, zielgerichtet und verhältnismäßig sowie im Einklang mit
67 Bürgerrechten weiter.

68 Wir wollen ein Saarland, in dem alle Menschen sicher leben können – auf der
69 Straße, zu Hause und im Netz. Menschenwürde ist unser Leitbild, demokratische
70 Teilhabe für alle unser Anspruch. Wir schaffen eine bürgernahe, transparente und
71 digitale Verwaltung, die den persönlichen Kontakt dort bewahrt, wo Menschen ihn
72 brauchen. Niemand darf aufgrund von Herkunft, Geschlecht, Religion oder
73 Überzeugung diskriminiert werden. Antisemitismus, Antiromanismus, Rassismus und
74 andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir konsequent.
75 Betroffene müssen geschützt, unterstützt und gehört werden.

76 Sicherheit bedeutet für uns auch Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt.
77 Frauen und Mädchen müssen frei und selbstbestimmt leben können – ohne Angst vor
78 Gewalt und Femiziden. Frauenrechte gehören deshalb für uns zur
79 Sicherheitspolitik. Schutz, Unterstützung und Prävention müssen zusammengedacht
80 werden. Der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt ist eine
81 gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine besondere Verantwortung des Staates.

82 Wir setzen auf digitale Souveränität statt Abhängigkeit von großen Tech-
83 Konzernen. Wir schützen die digitale Privatsphäre konsequent und lehnen
84 anlasslose Massenüberwachung ab. IT-Sicherheit verstehen wir als Teil

85 demokratischer Daseinsvorsorge: Sie schützt unsere Freiheit, unsere
86 Infrastruktur und unsere demokratischen Institutionen.

87 Was wir tun

88 1. Wir verteidigen die Demokratie und bekämpfen Extremismus.

89 Wir setzen uns auf Landesebene für die Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens
90 ein und wollen die Verfassungstreue im öffentlichen Dienst konsequent prüfen.
91 Die Landeszentrale für politische Bildung stärken wir als unabhängige
92 Institution beim Landtag.

93 Antisemitismus, Antiromanismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener
94 Menschenfeindlichkeit bekämpfen wir entschieden. Dafür bauen wir spezialisierte
95 Ermittlungs- und Beratungsstrukturen aus, verbessern die Erfassung von
96 Hasskriminalität und stärken Prävention und Opferschutz.

97 2. Wir verankern Vielfalt verbindlich.

98 Wir wollen, dass Vielfalt, Gleichberechtigung und Teilhabe in Politik,
99 öffentlichen Institutionen und gesellschaftlichen Organisationen verbindlich
100 verankert werden. Dafür braucht es klare Zuständigkeiten,
101 Beteiligungsmöglichkeiten und Strukturen, die die Interessen und Perspektiven
102 unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen berücksichtigen.

103 3. Wir stärken die Unabhängigkeit der Justiz.

104 Wir stärken die Unabhängigkeit der Justiz und schützen sie vor politischer
105 Einflussnahme. Dafür führen wir einen Richterwahlausschuss mit starker
106 Beteiligung der Justiz ein und stärken die Selbstverwaltung der Justiz. Die
107 Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft sichern wir durch eine weitgehende
108 Abschaffung des Weisungsrechts der Justizverwaltung.

109 4. Wir gestalten die Polizei bürgernah, transparent und
110 vielfältig.

111 Wir wollen eine bürgernahe, transparente und moderne Polizei, die Vertrauen
112 schafft, Vielfalt widerspiegelt und klaren Regeln der Kontrolle unterliegt.
113 Dafür schaffen wir beim Landtag das Amt einer unabhängigen Polizeibeauftragten
114 bzw. eines unabhängigen Polizeibeauftragten als Anlaufstelle für Bürger:innen
115 und Polizeibesetzte und stärken damit Vertrauen, Transparenz und
116 rechtsstaatliche Kontrolle.

117 Die bestehende anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizist:innen im Einsatz
118 erhalten wir als wichtigen Bestandteil von Transparenz und Nachvollziehbarkeit.
119 Zudem führen wir eine Tragepflicht für Bodycams für uniformierte Polizist:innen
120 im Außendienst ein. Bodycams können zur Deeskalation beitragen, den Eigenschutz
121 stärken und Außenstehende schützen. Sie machen polizeiliches Handeln
122 nachvollziehbarer und können damit auch das Vertrauen in die Polizei stärken.
123 Bodycams dürfen jedoch nicht zur flächendeckenden Überwachung eingesetzt werden.

124 Deshalb gewährleisten wir verbindliche Löschfristen und schützen die
125 Privatsphäre in Wohnungen und anderen besonders geschützten persönlichen
126 Lebensbereichen.

127 Diversität in den Sicherheitsbehörden wollen wir weiter stärken und
128 Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsbeauftragte strukturell in der Polizei
129 verankern. Wir sorgen für mehr Polizist:innen im öffentlichen Raum, damit der
130 Kontakt mit der Polizei wieder selbstverständlicher wird – und nicht erst dann,
131 wenn etwas passiert.

132 5. Wir machen Polizei und Justiz als Arbeitgeber
133 attraktiver.

134 Wir begegnen dem Personalmangel und machen Polizei und Justiz im Saarland zu
135 attraktiven und modernen Arbeitgebern. Dafür setzen wir uns für eine Besoldung
136 ein, die sich am Bundesdurchschnitt orientiert, bauen bestehende
137 Beförderungsstaus ab und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
138 Bewerbungsverfahren wollen wir vereinfachen und beschleunigen.

139 Gleichzeitig verbessern wir die Arbeitsbedingungen. Wir investieren in moderne
140 Schutzausstattung, schaffen ausreichend Kapazitäten für regelmäßiges
141 Einsatztraining und verbessern die digitale Infrastruktur. In der Justiz
142 schaffen wir zusätzliche Stellen im richterlichen und nicht richterlichen
143 Bereich, bei den Staatsanwaltschaften und im Strafvollzug. Die Digitalisierung
144 treiben wir mit der E-Akte und der Ausweitung von Online-Verhandlungen
145 konsequent voran.

146 Auch das Referendariat wollen wir moderner und attraktiver gestalten, etwa durch
147 die Einführung von Mentorenprogrammen.

148 6. Wir stärken eine moderne und leistungsfähige Polizei und
149 schützen die Grundrechte.

150 Moderne Polizeiarbeit braucht zeitgemäße digitale Werkzeuge, um auch in einer
151 vernetzten Welt handlungsfähig zu bleiben. Software kann dabei unterstützen,
152 große Datenmengen effizienter auszuwerten. Allerdings müssen solche Prozesse
153 immer nachvollziehbar, transparent und durch Menschen gesteuert sein.
154 Entscheidungen müssen von Ermittler:innen getroffen werden, nicht von KI.
155 Gleichzeitig braucht es klare Rechtsgrundlagen und strenge rechtsstaatliche
156 Grenzen: Je intensiver ein Eingriff in Grundrechte ist, desto höher müssen die
157 Anforderungen an seine Rechtfertigung und Kontrolle sein. Wir lehnen den Einsatz
158 der Analysesoftware von Palantir in saarländischen Behörden ab. Das Saarland
159 muss die Rechte der Bürger:innen auch im digitalen Raum konsequent schützen.
160 Anlasslose Überwachung, das Aufweichen von Verschlüsselung und die
161 Zusammenführung von Daten unter Missachtung der Zweckbindung lehnen wir ab.

162 Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Polizei und Justiz bauen wir weiter
163 aus, um eine konsequente Strafverfolgung auch über Landesgrenzen hinweg zu
164 gewährleisten.

165 7. Wir schützen diejenigen, die für uns da sind.

166 Wer für unsere Gesellschaft im Einsatz ist, verdient Schutz, Respekt und unsere
167 volle Unterstützung. Dennoch nehmen Übergriffe auf Helfende und Einsatzkräfte
168 zu. Das ist inakzeptabel. Wir setzen alles daran, sie besser zu schützen: durch
169 Prävention, bessere Ausstattung und die konsequente Verfolgung von Übergriffen.

170 Wir stellen allen Einsatzkräften und Helfenden eine effektive Schutzausrüstung
171 zur Verfügung und errichten eine Schwerpunktstelle bei der Staatsanwaltschaft,
172 die sich auf Übergriffe und Angriffe auf Einsatzkräfte konzentriert und diese
173 konsequent verfolgt.

174 Auch nach einem Angriff lassen wir Betroffene nicht allein. Wir unterstützen sie
175 bei den oft langwierigen und belastenden Folgen von Gewalt und helfen dabei,
176 bürokratische Hürden sowie Auseinandersetzungen mit Behörden und Krankenkassen
177 zu bewältigen.

178 8. Wir bauen den Katastrophenschutz aus und stärken die
179 Resilienz.

180 Wir machen Staat und Kommunen krisenfest, indem wir kritische Infrastruktur
181 schützen, den Katastrophenschutz ausbauen und die Widerstandsfähigkeit gegen
182 hybride Bedrohungen wie Cyber- und Drohnenangriffe stärken. Wir setzen uns dafür
183 ein, Wissen über Zivilschutz, Resilienz und Krisenvorsorge bereits in Schulen zu
184 vermitteln.

185 9. Wir bekämpfen Gewalt gegen Frauen wirksam.

186 Wir wollen geschlechtsspezifische Gewalt konsequent bekämpfen und den Schutz von
187 Frauen und Mädchen stärken. Dafür fordern wir eine einheitliche Erfassung und
188 Definition von Femiziden und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie verpflichtende
189 Fortbildungen für Polizei, Richter:innen, Jugendämter und Lehrkräfte im Umgang
190 mit häuslicher und sexualisierter Gewalt.

191 Mobile Beratungsangebote wollen wir flächendeckend stärken. Für Hochrisikofälle
192 schaffen wir ein umfassendes Gewaltschutzkonzept und verbessern die Vernetzung
193 von Polizei, Justiz, Frauenhäusern, Interventionsstellen und Zivilgesellschaft.
194 Eine unabhängige Landeskoordinierungsstelle soll das Monitoring und die
195 Umsetzung der Istanbul-Konvention begleiten und steuern.

196 Die elektronische Fußfessel kann in Hochrisikofällen ein wichtiges
197 Schutzinstrument sein und wird im Saarland bereits eingesetzt. Wir verstehen sie
198 als einen Baustein eines integrierten Schutzsystems aus Risikoanalyse,
199 Schutzmaßnahmen und Unterstützung – nicht als isolierte technische Lösung.

200 10. Wir schaffen Frauenhausplätze und schließen
201 Versorgungslücken.

202 Wir sorgen für eine bedarfsgerechte Planung und den Ausbau von Frauenhausplätzen
203 und Schutzwohnungen im Saarland – mit verbindlichen Zielzahlen sowie
204 barrierefreien, anonymen und transinklusiven Angeboten. Auch ergänzende
205 Schutzmöglichkeiten für Männer wollen wir schaffen.

206 Bewährte Beratungsstrukturen stärken wir, bauen Zugangsbarrieren ab und
207 berücksichtigen die besondere Situation obdachloser Frauen. Gleichzeitig
208 verbessern wir die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Fachstellen.
209 Verbindliche Risikoanalysen bei häuslicher Gewalt sollen eng mit konkreten
210 Schutzmaßnahmen wie Wegweisung, Waffenentzug und einer schnellen Vermittlung in
211 Beratung verknüpft werden.

212 11. Wir stärken die IT-Sicherheit in Kommunen und kritischen
213 Infrastrukturen.

214 Wir investieren in die Cybersicherheit der saarländischen Kommunen und
215 öffentlichen Betriebe. Die Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und des saarländischen
216 Informationssicherheitsgesetzes treiben wir konsequent voran, intensivieren
217 Schulungen für Beschäftigte und bauen den IT-Support aus. Mit einer KI-Strategie
218 wollen wir Innovation ermöglichen und zugleich klare Grenzen setzen. Den
219 Echtzeit-Einsatz von KI zur Videoüberwachung öffentlicher Räume schließen wir
220 aus.

221 12. Wir stärken die digitale Souveränität durch Open Source.

222 Wir setzen auf das Prinzip „Public Money, Public Code“: Software, die mit
223 öffentlichen Geldern entwickelt oder beschafft wird, muss als Open-Source-
224 Software der Allgemeinheit zur Verfügung stehen. Das saarländische Vergabegesetz
225 reformieren wir so, dass Open-Source-Lösungen bei gleicher Eignung bevorzugt
226 werden. Wir entwickeln eine Open-Source-Strategie für das Saarland und schaffen
227 eine zentrale Koordinierungsstelle, die Behörden und Kommunen beim Einsatz und
228 bei der Umstellung auf Open-Source-Lösungen unterstützt.

229 13. Wir digitalisieren die Verwaltung – ohne Digitalzwang.

230 Wir treiben die Digitalisierung der Verwaltung voran und setzen das
231 Onlinezugangsgesetz konsequent und barrierefrei um. Gleichzeitig wahren wir das
232 Recht auf analoge Teilhabe. Bürokratie bauen wir ab, Formulare gestalten wir
233 verständlich und barrierefrei. Die Verwaltung soll bürgernah und transparent
234 über einheitliche Verwaltungsplattformen kommunizieren.

235 Für Menschen, die bei Anträgen und Behördengängen Unterstützung benötigen,
236 wollen wir niedrigschwellige und wohnortnahe Anlaufstellen erhalten und stärken.
237 Dort sollen Bürger:innen persönliche Unterstützung beim Zugang zu staatlichen
238 und sozialen Leistungen erhalten.

239 14. Wir stärken die Bürgerbeteiligung, Demokratiebildung und
240 politische Bildungsarbeit.

241 Wir senken das Wahlalter auf 16, bauen digitale Beteiligungsmöglichkeiten aus,
242 fördern Jugend- und Integrationsbeiräte sowie Familienzentren und machen
243 Ergebnisse von Bürgerbeteiligung transparent nachvollziehbar. Demokratiebildung
244 in Schulen ebenso wie in Vereinen, der Jugendarbeit und der politischen
245 Bildungsarbeit stärken wir dauerhaft. Um die politische Bildungsarbeit
246 langfristig zu gewährleisten, auch auf Parteebene, setzen wir uns für einen

247 rechtssicheren Erhalt der Fördermittel für demokratische Jugendorganisationen
248 (RPJ-Mittel) im Saarland ein.

249 15. Wir stärken Sicherheitstechnologien.

250 Wir setzen uns für eine landesweite Strategie zur Förderung und Koordinierung
251 von Cybersicherheit, Raumfahrt und Dual-Use-Technologien ein.
252 Forschungseinrichtungen, Hochschulen, Behörden und Unternehmen wollen wir dabei
253 in einer gemeinsamen Strategie für Sicherheit und Technologie bündeln.